

„Das erinnert schon teilweise an die Erfolge der NSDAP“

Historikerin Christina Morina spricht über die Gründe für den Aufstieg der AfD, erklärt das Selbstbild der Ostdeutschen und beschreibt, vor welchen existenziellen Fragen Demokratien gerade stehen.

Interview: Elisabeth Dostert und Mirjam Hauck

Bielefeld – Christina Morina lehrt Geschichte an der Uni Bielefeld. Mit ihrem Buch „Tausend Aufbrüche“, in dem sie Briefe von DDR- und BRD-Bürgerinnen und -Bürgern aus den 80er-Jahren an staatliche Institutionen – vom Bundespräsidenten bis zur Stasi – auswertet, gewann sie den Deutschen Sachbuchpreis. Ihr Büro haben Studierende mit einem großen Luftballon in Form einer Champagnerflasche dekoriert, in einem Bücherregal stehen Marx und Engels als Playmobil-Figuren. Morina ist in Frankfurt an der Oder aufgewachsen, als die Mauer fiel, war sie ein Teenager.

SZ: Frau Morina, bei der Europawahl war der Osten blau und der Westen schwarz, irgendwo vereinzelt grüne Sprenkel, als ob die Mauer nicht gefallen wäre. Ärgern Sie solche Karten?
Christina Morina: Mich ärgert, wenn über den Karten steht: Der Osten wählt AfD. Faktisch haben maximal 30 Prozent die AfD gewählt. Die Mehrheit im Osten wählt nicht AfD. Über den blauen Teil der Karte wird viel diskutiert, aber warum nicht über den beinahe komplett schwarzen Westen, der steht ja auch für einen Rechtsruck. Wo sind die roten Felder, wo doch die SPD dort so lange so stark war? Solche schematischen Karten vertiefen nur das Narrativ einer Teilung von Ost und West.

„**Viele AfD-Wähler sind Leute, denen es individuell recht gut geht mit mindestens mittlerem Bildungsgrad.**“

Wenn man sich die absolute Zahl der Stimmen ansieht, wird das Dunkelblau an vielen Stellen recht hell, weil Ostdeutschland vielerorts dünn besiedelt ist. Diese Darstellung nutzt also letztlich vor allem der AfD, weil sie damit so tun kann, als hätte sie absolute Gewinne.

Sie lehren in Bielefeld, das ist eine wohlhabende Stadt mit vielen Familienunternehmen wie Oetker oder Goldbeck. Auch hier haben bei der Europawahl fast elf Prozent AfD gewählt.
Auch deshalb kritisiere ich die blauschwarzen Karten, sie machen den Grad der Zustimmung für die AfD in Westdeutschland unsichtbar. Die AfD hat auch dort Hochburgen, und sie hat es in einigen Gegenden Deutschlands geschafft, sich als eine Art Sammlungsbewegung zu etablieren. Das erinnert schon teilweise an die Erfolge der NSDAP, die ganz unterschiedliche gesellschaftliche Schichten bediente. Und behauptete, das ganze und wahre Volk zu repräsentieren, bis auf die, die man für nicht dazugehörig erklärte. Studien zeigen, dass die dahinterstehen-

den rassistischen und autoritären Haltungen leider nie ganz weg waren.

Die Mehrheit der Deutschen stellt die Wiedervereinigung nicht infrage, und doch sehen sich viele Ostdeutsche weiterhin als deren Opfer. Warum?

Nicht wenigen Ostdeutschen ist es, glaube ich, ganz recht, dass sie so ihr Selbstbild immer wieder bestätigt bekommen. Diese Mischung aus Anklage und Wehklage hilft jedoch nicht weiter. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, wie sie im Grundgesetz steht, ist weitgehend erreicht. Es ist sehr viel Wirtschafts- und Infrastrukturförderung nach Ostdeutschland geflossen. Wenn man in manchen Städten im Ruhrgebiet unterwegs ist, ist die Infrastruktur mitunter deutlich desolater. Dass es im Osten niedrigere Einkommen gibt, stimmt, aber man hat vielerorts auch geringere Lebenshaltungskosten. Und das Grundgesetz verlangt Gleichwertigkeit der Verhältnisse, keine Gleichheit. **Dabei läuft es in vielen Orten in Ostdeutschland gar nicht so schlecht: In Dresden und Magdeburg werden für Milliarden hochsubventioniert Chipfabriken gebaut. Bringt das nichts?**

Doch, das hat eine Wirkung. Fraglich ist, wie genau der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Stärke und Zustimmung zur AfD ist. Viele AfD-Wähler sind Leute, denen es individuell recht gut geht mit mindestens mittlerem Bildungsgrad. Was sie unterscheidet von anderen Wählerschichten, ist, dass sie höhere Angst haben vor dem Verlust dessen, was sie haben, materiell und kulturell. Wichtiger als sozioökonomische Faktoren sind daher, meine ich, politisch-kulturelle Fragen, einschließlich derer nach den Vorstellungen von Demokratie. Wie ist die Republik organisiert, wie funktionieren Interessenvertretung und Konfliktlösung, wofür setzt man sich wie ein? Als hier in Bielefeld die Demos gegen die AfD waren, hat sich die lokale Wirtschaft eindeutig mit in die Proteste eingereiht. Im Osten war das viel weniger so. Die Handwerkskammern, die lokale Wirtschaft dort ist zum Teil eng verworden mit der AfD.

Der Co-Vorsitzende der Partei, Tino Chrupalla, ist Handwerker. Was lässt sich dagegen tun, dass die AfD die Wirtschaftskreise so vereinnahmt?

In Thüringen hat der CDU-Politiker Mario Voigt versucht, wirtschaftsnationalistisch zu argumentieren: Wir als CDU sorgen dafür, dass der gute Wirtschaftsstandort Deutschland nicht zerstört wird, denn die AfD schreckt mit ihren Parolen und Zielen Investitionen ab.

Was halten Sie davon?
Ich bin keine Nationalistin, auch keine Wirtschaftsnationalistin, aber diese Argumentation scheint eine gewisse Wirkung zu haben. Sie ist offenbar im Moment eine der klügeren politischen Argumentationen, um die AfD zumindest nicht weiter gewinnen zu lassen. Für einen guten Zweck bedient man ebenfalls einen Nationalismus, aber einen sanfteren.

Es gibt auch Unternehmen, die sich gegen die AfD positionieren. Wie sinnvoll ist das?

Das ist total wichtig, wie sich zum Beispiel kürzlich der Jenoptik-Chef geäußert und vor der AfD gewarnt hat.

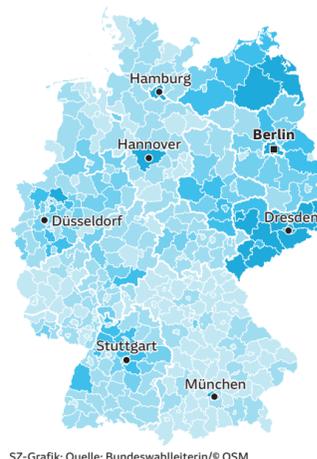
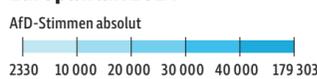
Nicht nur Deutschland hat ein Problem. Die Demokratie ist weltweit auf dem Rückzug. Haben die Menschen verlernt, Demokratie wertzuschätzen?

Die repräsentative Demokratie überzeugt offenbar immer weniger Leute davon, dass sie die richtige Regierungsform ist, um die Probleme der heutigen Zeit zu lösen. Und die Geschwindigkeit, mit der wir vor allem auf den Klimawandel reagieren müssten, stellt gerade Demokratien vor existenzielle Fragen. Demokratische Verfahren werden ja gerade nicht im Notstandsmodus oder auf Basis von Vorhersagen gemacht, sondern sind langsam und mühsam und notwendig auf die gegenwärtige Wirklichkeit bezogen.

Die DDR trug das Wort Demokratie im Namen. Mit welchem demokratischen Ideal sind Sie aufgewachsen?

Dass die DDR das bessere Deutschland ist und der Sozialismus das bessere System, viel gerechter als der Westen. Die Sowjetunion war das große Vorbild und Karl Marx war der gültige alte Mann, dessen Porträt an der Wand hing. **Sie haben für Ihr Buch Tausende Dokumente gelesen, die Bürgerinnen und Bürger in den 80ern im Westen an den Bundespräsidenten und im Osten an die SED-Partei geführt geschrieben haben. Sie schreiben, dass der Ton der Briefe im Osten oft aggressiver war.**
Ja, viele DDR-Bürger hatten die Nase voll. Sie waren verzweifelt und hatten eine tiefe Abneigung gegen das Staatswesen und die regierende Einheitspartei.

Europawahl 2024



SZ-Grafik; Quelle: Bundeswahlleiterin/© OSM



Als Historikerin Christina Morina in der DDR aufwuchs, war die Sowjetunion ein Vorbild und Karl Marx „der gültige alte Mann, dessen Porträt an der Wand hing“.

FOTO: SARAH JONEK/ UNIVERSITÄT BIELEFELD

„**Die Treuhand hat vieles ermöglicht, was zutiefst problematisch war. Die Bundesexekutive hat dafür nie die Verantwortung übernommen.**“

Woher rührte diese Wut?

Aus der großen Kluft zwischen dem hehren Versprechen einer sozialistischen Menschengemeinschaft und Volksdemokratie, einer Partei, die für alle da ist, und der Realität, die für die allermeisten durch Eingung, Angst und wirtschaftliche Misere geprägt war.

Sie waren ein Teenager, als die Mauer fiel. Wie haben Sie die Grenzöffnung erlebt?

Ich war 13. An dem Tag, als die Mauer fiel, haben wir davon gar nichts mitbekommen. Wir hatten Besuch, da blieb der Fernseher aus. Am nächsten Tag war ich zu Hause, weil ich krank war, und durfte es ausnahmsweise fernsehen, da erst haben wir es erfahren. Wir waren einerseits total überrascht und haben uns gleichzeitig sehr gefreut. Ich bin mit dem Gefühl aufgewachsen, dass in meiner weiteren Umgebung sehr viel verboten ist. Plötzlich war alles anders.

Hatte Ihre Familie Kontakte in den Westen?

Wir hatten viele Verwandte dort, meine Mutter stammt aus dem Saarland, und wir bekamen Pakete und ab und an auch Besuche. Ein Onkel aus dem Schwarzwald versorgte uns mit Kassetten mit Aufnahmen vom Deutschlandfunk und Büchern wie Golo Manns „Deutsche Geschichte“. Andere Verwandten schickten auch Kaffee und Klamotten.

Was haben Sie als Teenager am meisten vermisst?

Jeans. Und popkulturelle Dinge wie die Bravo. Mit den Postern daraus wurde heimlich in der Schule gehandelt. Ich habe mein Taschengeld für Poster von damaligen Popstars ausgegeben, eine Doppelseite kostete 20 DDR-Mark.

Haben denn Familien wie die Ihre in

der damaligen Zeit auch die wirtschaftliche Misere gespürt?

Nicht im existenziellen Sinne. Den meisten DDR-Bürgern fehlte es nicht am Nötigsten. Als Lehrer haben meine Eltern recht gut verdient. Es fehlte nicht an Geld, nur manches war schwer zu bekommen. Einmal sind sie nach Berlin gefahren, um eingelegte Gurken zu kaufen, und kamen mit einem Farbfernseher zurück, weil es den gerade gab.

Mit Angela Merkel und Joachim Gauck standen viele Jahre zwei Ostdeutsche an der Spitze des Staates. Welche Auswirkungen hatte dies?

Sie verkörpern zunächst die große Mehrheit der Ostdeutschen, die bestens in der bundesrepublikanischen Ordnung angekommen sind. Dennoch wirkt in einer bedeutenden Minderheit nach, wie wenig Erfahrungen man mit einer funktionierenden Demokratie hat, wie gut darin eigentlich persönliche und Gemeinwohl-Interessen eingebracht, verhandelt und durchgesetzt werden können. In einer Repräsentativdemokratie sind Parteien, Gewerkschaften, weltanschauliche Institutionen wie Kirchen, Vereine, Verbände existenziell wichtig, um Interessen zu bündeln und in reale Politik umzusetzen. Die fehlten in der DDR und sind im Osten bis heute zu schwach.

Aber die Wiedervereinigung ist jetzt schon mehr als drei Jahrzehnte her.

Sie sagen „schon“. Aus historischer Sicht ist das gar nicht so lange. Und vor allem gab es beim Hineinwachsen in die bundesrepublikanische Ordnung kein Wirtschaftswunder, sondern einen extremen sozio-ökonomischen Umbruch. Die Ostdeutschen erlebten keine Schönwetter-Demokratisierung, sondern eher eine Unwetter-Demokratisierung. Der Westen dachte, wir übertragen unsere guten Erfahrungen auf den Osten, oft ohne viel Interesse und Sensibilität dafür, was die Leute für Vorstellungen hatten.

Es gab auch viele westdeutsche Unternehmer, die in Ostdeutschland auf Schnäppchenjagd gingen...

Die Treuhand hat vieles ermöglicht, was zutiefst problematisch war. Die Bundesexekutive hat dafür nie die Verantwortung übernommen, die Treuhand wurde einfach geschossen. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat Fehler eingeräumt, aber ein deutscher Bundeskanzler hat sich dazu nie mit der nötigen Klarheit und Einsicht geäußert.

Hätten Sie sich gewünscht, dass sich Angela Merkel mal entschuldigt, schließlich war sie „eine von Ihnen“?

Jeder Bundeskanzler hätte das tun können, auch der jetzige. Es ist nie zu spät.

BASF spart im Stammwerk

In der Chemieindustrie ist die Stimmung trübe. In Ludwigshafen wird gekürzt.

München – Anfang des Jahres sah es gar nicht so schlecht aus. Doch nun ist die Stimmung in der deutschen Chemieindustrie gedämpft, auch weil der Preisdruck hoch bleibt. Das zeigen die Zahlen für das zweite Quartal 2024, die BASF und Wacker-Chemie am Freitag veröffentlichten. Trotz aller Unterschiede in Größe und Sortiment, weisen Umsatz und Ergebnis vor Steuern in die gleiche Richtung: Sie sinken. Der Umsatz von BASF ging im zweiten Quartal um knapp sieben Prozent auf gut 16 Milliarden Euro zurück, das Ergebnis vor Ertragssteuern hat sich mit knapp 400 Millionen Euro etwas mehr als halbiert. Der Umsatz von Wacker-Chemie fiel um gut 16 Prozent auf knapp 1,5 Milliarden Euro, das Ergebnis vor Steuern um gut 77 Prozent auf gut 33 Millionen Euro. Beide Konzerne bestätigten am Freitag ihre Prognose für das Gesamtjahr.

„Die Erholung verzögert sich immer weiter – nicht nur bei uns, sondern in der Wirtschaft insgesamt“, wird Wolfgang Große Entrup, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der chemischen Industrie (VCI) im monatlichen Konjunkturbericht zitiert. Die Bundesregierung habe noch keinen Stimmungsumschwung herbeigeführt. Sie müsse jetzt in Rekordtempo vom Reden ins Handeln kommen, damit die zweite Jahreshälfte besser verlaufe. „Von einem kräftigen Aufschwung sind wir immer noch meilenweit entfernt“, so Große Entrup. Eine positivere Haltung zur Industrie in Berlin und Brüssel nimmt BASF-Vorstandschef Markus Kamieth wahr. Auch er wartet auf Taten: „Ankündigungen sind immer schön, aber die konkrete Politik sieht dann ganz anders aus. Manchmal dauert es auch eine ganze Weile.“

„Die Milliarde liegt nicht mal eben so am Werkstor.“

Kamieth trat mit der Hauptversammlung im Frühjahr die Nachfolge von Martin Brudermüller an. Der Konzern muss sparen und Kapazitäten anpassen. Zwar wirkt Kamieth nicht weniger als sein Vorgänger überzeugt von Elektromobilität. Nur gerade läuft es eben nicht so gut. Die Marktdurchdringung von Elektrofahrzeugen verlangsamt sich außerhalb Chinas deutlich, so Kamieth in einer Telefonkonferenz. Die Autoindustrie ist ein großer Kunde. BASF liefert Kathodenmaterial für Batterien. Der Konzern ergreife Maßnahmen, um das Risiko in einem „derzeit unsicheren Marktumfeld“ weiter zu verringern. Deshalb werde BASF das groß angelegte Metallraffinerieprojekt für Batterierecycling am spanischen Standort Tarragona pausieren, kündigte Kamieth an. Die Produktion in Schwarzheide in Ostdeutschland laufe gerade hoch.

Das Sparprogramm läuft schon. Finanzvorstand Dirk Elvermann äußerte sich zuversichtlich, die angestrebten jährlichen Einsparungen von 2,1 Milliarden Euro bis Ende 2026 zu erreichen. Allein in Ludwigshafen will Kamieth jährlich eine Milliarde kürzen. Man sei in guten Gesprächen mit den Arbeitnehmervertretern. Die Einsparungen würden zu „Personalstandsänderungen“ führen. Konkrete Zahlen wollte Kamieth nicht nennen. Er erwägt die Schließung weiterer Anlagen. Solche „Anpassungen“ habe es auch in der Vergangenheit immer wieder gegeben. „Im Kern“ sei der Verbund in Ludwigshafen wettbewerbsfähig. Aber auch eine ganze Reihe von Anlagen hätten perspektivisch Wettbewerbschwierigkeiten. Das Sparprogramm sei eine „große Herausforderung“, so Kamieth: „Die Milliarde liegt nicht mal eben so am Werkstor.“

Für Kamieth soll Ludwigshafen „ein starker Pfeiler“ bleiben. Die BASF der Zukunft werde sich auf einen „wettbewerbsfähigen und auch dann profitablen Standort Ludwigshafen verlassen“, versichert Kamieth. Ludwigshafen werde auch für lange Zeit der größte und wichtigste Produktionsstandort der BASF bleiben.

Elisabeth Dostert

Bildungsmarkt

SCHULVERBUND MÜNCHEN

Kohlstraße 5, 80469 München beim Isartor, Tel. 089/297029 – 293333

Isar-Gymnasium

Huber-Gymnasium

Isar-Realschule Huber-Realschule

Isar-Wirtschaftsschule

Isar-Grundschule Isar-Mittelschule

Isar-Fachoberschule

Unsere Idee macht Schule – Für jeden Schüler die richtige Schule
www.schulverbund.de

BILDUNG AKTUELL

Neues Fernstudium in Ernährungswissenschaften

In Zeiten, in denen ernährungsbedingte Krankheiten zunehmen, gewinnt das Wissen über gesunde Ernährung immer mehr an Bedeutung. Die Hochschule Fresenius (HSF) trägt diesem wachsenden Interesse Rechnung und startet jetzt mit einem neuen Fernstudiengang in Ernährungswissenschaften (B.Sc.) auf Deutsch. Dieses Programm entstand in Kooperation mit der renommierten Arizona State University (ASU) und startet jeweils zum Ersten eines Monats.

Die Arizona State University ist eine internationale Universität, die seit neun Jahren in Folge den ersten Platz im Bereich Innovation in den USA belegt (U.S. News & World Report, 2016-2024) und auf dem

ersten Platz der besten Wirtschaft-Online-Bachelorstudiengänge rangiert. Der Studiengang Ernährungswissenschaften (B.Sc.) ist auf eine Dauer von sechs Semestern im Vollzeitstudium bzw. acht Semestern im berufsbegleitenden Studium angelegt und wird in deutscher Sprache angeboten. Die Hauptfächer umfassen unter anderem naturwissenschaftliche Grundlagen, biologisch-medizinische Grundlagen, Ernährungswissenschaften, Ernährungsmedizin/Diätetik, Lebensmittelwissenschaft, Ernährungspsychologie/Beratung sowie wissenschaftliches Arbeiten und Professionalisierung, was beispielsweise Projektmanagement oder das Praxisprojekt Gründung beinhaltet.

Staatsexamen bestanden? Hier kommen Sie weiter.

Finden Sie jetzt die führenden LL.M-Studiengänge.

Nutzen Sie das umfassende Angebot der Süddeutschen Zeitung und wählen Sie aus einer Vielzahl von Weiterbildungsmöglichkeiten aus.

Jetzt mehr erfahren auf llm.sz.de